

In den Stadtbezirksrat Mitte  
In den Stadtbezirksrat Vahrenwald-List  
In den Stadtbezirksrat Bothfeld-Vahrenheide  
In den Stadtbezirksrat Buchholz-Kleefeld  
In den Stadtbezirksrat Misburg-Anderten  
In den Stadtbezirksrat Kirchrode-Bemerode-Wülferode  
In den Stadtbezirksrat Südstadt-Bult  
In den Stadtbezirksrat Döhren-Wülfel  
In den Stadtbezirksrat Ricklingen  
In den Stadtbezirksrat Linden-Limmer  
In den Stadtbezirksrat Ahlem-Badenstedt-Davenstedt  
In den Stadtbezirksrat Herrenhausen Stöcken  
In den Stadtbezirksrat Nord  
In den Ausschuss für Haushalt, Finanzen,  
Rechnungsprüfung, Feuerwehr und öffentliche  
Ordnung  
In den Ausschuss für Integration, Europa und  
Internationale Kooperation (Internationaler Ausschuss)  
In die Ratsversammlung

Nr. 1839/2023  
Anzahl der Anlagen 1  
Zu TOP

---

**Maßnahme WIR 2.0 - Weiterentwicklung der Integrationsbeiräte****Antrag**

Der Rat möge beschließen, dass folgende Änderungen in der bestehenden Arbeitsweise der Integrationsbeiräte vorgenommen werden:

**1. Besetzung und Vorsitz**

Der nötige Stadtbezirksbezug als Voraussetzung einer Mitgliedschaft soll erweitert werden. Wie dieser konkret im Stadtbezirk oder im Einzelfall dargelegt werden muss, entscheidet der Stadtbezirksrat. Ein Stadtbezirksbezug kann wie bisher über den Wohn- oder Arbeitsort bestehen, aber auch über eine besondere Verbundenheit z.B. durch Tätigkeit in einem Verein oder den früheren Wohnort verstanden werden.

Der Vorsitz eines Integrationsbeirates und dessen Stellvertretung kann durch jedes Mitglied des jeweiligen Integrationsbeirates übernommen werden. Die Wahl erfolgt aus der Mitte des betreffenden Integrationsbeirates.

Jeder Integrationsbeirat erhält eine Geschäftsordnung, die als Entwurf durch die Verwaltung erarbeitet und vorgelegt wird. Anpassungen können jederzeit innerhalb der Stadtbezirke vorgenommen werden.

Um Mitglied eines Integrationsbeirates zu werden, kann der Stadtbezirksrat die persönliche Motivation der Personen erfragen.

Die Mitgliedschaft in einem Integrationsbeirat ist auf maximal 5 Jahre begrenzt; Verlängerungen sind möglich.

## 2. Inhaltliche Weiterentwicklung der Integrationsbeiräte

Es wird ein Mentor\*innenprogramm aufgelegt, durch das bereits erfahrene Mitglieder der Integrationsbeiräte neue Mitglieder unterstützen.

Die Integrationsbeiräte können auf eigenen Wunsch eine stadtbezirksorientierte Zielentwicklung beginnen und werden darin bei Bedarf durch die Bereiche Rats- und Stadtbezirksangelegenheiten (OE 18.6) und Einwanderungsstadt Hannover (OE 56.1) unterstützt.

Alle Integrationsbeiräte legen dem jeweiligen Stadtbezirksrat formlos zu Beginn des Folgejahres einen kurzen Jahresbericht als Zusammenfassung der Zielerreichung vor. Über den Umfang und die Form entscheiden die Integrationsbeiräte selbst.

Das Fortbildungsangebot für Integrationsbeiratsmitglieder wird ausgeweitet, u.a. zur Vorbereitung der Mitglieder auf ihre Gremientätigkeit.

## 3. Öffentlichkeitsarbeit

Alle Termine der Integrationsbeiräte werden im Sitzungsmanagement der LHH eingestellt und veröffentlicht.

Die Integrationsbeiräte werden bei der Öffentlichkeitsarbeit unterstützt.

Die Integrationsbeiräte werden bei der Vernetzung mit stadtweiten Strukturen (u.a. durch die beratenden Mitglieder des Internationalen Ausschusses) unterstützt.

Aus der Mitte der Integrationsbeiratsvorsitzenden wird ein Mitglied als Vertretung im WIR 2.0-Kuratorium bestimmt.

Als Zeichen der Wertschätzung erhalten alle ehrenamtlichen Mitglieder der Integrationsbeiräte ein Zertifikat über ihr Engagement, das durch ein Mitglied des Rates oder die Verwaltungsspitze übergeben wird.

## 4. Sitzungsgeld und Fahrtkosten

Alle Mitglieder der Integrationsbeiräte, die nicht Mitglied eines durch das Niedersächsische Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG) legitimierten städtischen Gremiums sind, erhalten für die Sitzungsteilnahme eine Aufwandsentschädigung in Form eines Sitzungsgeldes und einer Fahrtkostenpauschale. Die Entschädigung erfolgt nach der jeweils gültigen Entschädigungssatzung der Landeshauptstadt Hannover für die nicht dem Rat angehörenden Ausschussmitglieder. Dabei ist die Anzahl der Sitzungen nicht begrenzt.

## 5. Namensgebung

Um einen neuen Namen zu entwickeln, organisieren die Bereiche Rats- und

Stadtbezirksangelegenheiten (OE 18.6) und Einwanderungsstadt Hannover (OE 56.1) eine Umfrage in den Stadtbezirken. Möglich ist auch, dass die Bezeichnung „Integrationsbeiräte“ durch das Abstimmungsverfahren bestätigt wird.

## 6. Mittelverteilung

Der Haushaltsbegleitantrag H-0326/2021 wird zum 1.1.2025 umgesetzt.

## 7. Verwaltungsseitige Zuständigkeit

Die Unterstützung der Integrationsbeiräte bei administrativen Aufgaben (Zuwendungen, Erstellung von Drucksachen bei Neu- und Nachbesetzungen, Raumbuchungen, etc.) werden durch den Bereich Rats- und Stadtbezirksangelegenheiten (OE 18.6) umgesetzt. Die fachliche Zuständigkeit liegt beim Bereich Einwanderungsstadt Hannover (OE 56.1).

### **Berücksichtigung von Gender-Aspekten**

Bei der Besetzung der Integrationsbeiräte ist auf Geschlechterparität zu achten.

### **Ergebnis der Klimawirkungsprüfung**

Das Ergebnis der Klimawirkungsprüfung weist negative Auswirkungen der Maßnahmen im Hinblick auf den CO<sub>2</sub>-Ausstoss und den Stromverbrauch auf (u.a. Mobilität und Sitzungen).

**Kostentabelle**

Darstellung der zu erwartenden finanziellen Auswirkungen in Euro:

**Teilfinanzaushalt - Investitionstätigkeit****Investitionsmaßnahme****Einzahlungen****Auszahlungen****Saldo Investitionstätigkeit****0,00****Teilergebnishaushalt 18****Produkt 11111 2023**

Angaben pro Jahr

**Ordentliche Erträge****Ordentliche Aufwendungen**Sonstige ordentliche  
Aufwendungen

180.000,00

**Saldo ordentliches Ergebnis****-180.000,00**

150.000 Euro Eigene Mittel der Bezirksräte zur Förderung aufgrund von Empfehlungen der Integrationsbeiräte

Ca. 30.000 Euro für entschädigungsberechtigte Teilnehmende in den Integrationsbeiräten.

**Begründung des Antrages**

Nach dem Beteiligungsprozess „WIR 2.0“, auf dessen Basis die Informationsdrucksache (0695/2023) zur Weiterentwicklung der Integrationsbeiräte erstellt wurde, fand am 6.5.2023 ein Kongress mit Mitgliedern aller Bezirks- und Integrationsbeiräte statt. Das entstandene Ergebnis dient als Grundlage für den politischen Beteiligungs- und Entscheidungsprozess innerhalb der Stadtbezirksräte.

18.6/ 56.1

Hannover / 30.11.2023

## **Protokoll zum Kongress „WIR 2.0 – Maßnahmen zur Veränderung der Integrationsbeiräte“**

06. Mai 2023 im Ratssaal, Neues Rathaus, Trammplatz 2, 30159 Hannover  
Anwesend: s.u. Teilnahmelisten

### **TOP 1: Begrüßung**

**Oberbürgermeister Onay** begrüßt die Anwesenden und führt in das Thema des Kongresses ein: Die Landeshauptstadt Hannover hat als eine der ersten Kommunen in Deutschland einen Lokalen Integrationsplan erstellt, der nach über zehn Jahren einer Aktualisierung bedarf. Dabei geht es um die Frage, wie wir als Stadtgesellschaft zusammenleben wollen. In dem dafür gestarteten Prozess „WIR 2.0“ geht es nicht mehr nur um Integration, sondern um Teilhabe und Gleichberechtigung – und damit auch nicht mehr um einen „Integrationsplan“ sondern um das „WIR“.

### **TOP 3: Bericht des Vorsitzenden und Vorstellung der Maßnahmen zur Weiterentwicklung der Integrationsbeiräte im Rahmen von WIR 2.0 Prozesse**

**Bürgermeister Hermann** erläutert zu TOP 4, dass die Idee aus den Expert\*innengruppen zu einem zentralen Auswahlverfahren mangels Akzeptanz nicht mehr Bestandteil der vorgelegten DS sei.

**Frau Dr. Doering** hebt noch einmal hervor, dass das Konzept zur Veränderung der Integrationsbeiräte sich im Spannungsfeld zwischen Beratungsfunktion und Beteiligungsanspruch befindet: Das Niedersächsische Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG) bildet den rechtlichen Rahmen und legt fest, dass Bezirksräte keine Ausschüsse haben. Daher können die Integrationsbeiräte nur beratend wirken und keine Beschlüsse fassen, die die Verwaltung binden. Gestaltungsraum besteht aber zum Beispiel in der Entwicklung einer Geschäftsordnung und der Definition des Vorsitzes.

**Frau Dr. Doering** stellt noch einmal kurz die Drucksache vor und lädt zur Diskussion ein.

### **TOP 2: Ergänzungen und Genehmigung der Tagesordnung**

**Bezirksbürgermeister Tegeder (Misburg-Anderten)** merkt an, dass der Verwaltung eine Positionierung der Bezirksbürgermeister\*innen zugesandt wurde, die auch den Teilnehmenden der heutigen Veranstaltung zur Verfügung gestellt werden sollte.

**Herr Markurth und Frau Dr. Doering** plädieren dafür, dass die im Positionspapier festgehaltenen Aspekte stattdessen direkt in den Dialog einzubringen sind.

**Bezirksratsfrau und Integrationsbeiratsmitglied Kaczmarek (Linden-Limmer)** begrüßt als wichtige Neuerungen den Fokus auf Diversität und Repräsentanz junger Menschen in den Integrationsbeiräten.

**Bezirksbürgermeister Markurth (Ricklingen)** hebt hervor, dass auch das Zusammenwirken von Bezirksräten und Integrationsbeiräten betrachtet und verbessert werden soll.

Einwände gegen die Tagesordnung gibt es nicht.

#### **TOP 4: Zusammensetzung der Integrationsbeiräte**

**Themen: Geschäftsordnung; Jugendbeteiligung; Auswahlgremium**

und

#### **TOP 5: Entwicklung gemeinsamer längerfristiger Ziele und fachliche Unterstützung**

**Themen: Mentor\*innenprogramm; Formulierung der stadtbezirksorientierten Zielentwicklung; Fort- und Weiterbildungen**

**Bezirksbürgermeister Grube (Linden-Limmer)** erinnert, dass die Bezirksbürgermeister\*innen bisher in der Regel auch Vorsitzende der Integrationsbeiräte waren und ergänzt, dass es sehr selten aktive Bewerbungen für die Mitarbeit gegeben habe. Meist sei dann damit das Interesse einer Organisation oder Gruppe verbunden. sei

Bewerbungsschreiben können seiner Ansicht nach durchaus hilfreich sein, um die Motivation von Interessierten zu klären. Es wird aber nach den bisherigen Erfahrungen notwendig bleiben, aktiv potenzielle Kandidat\*innen durch persönliche Ansprache zu gewinnen. Er nennt das MiSO-Netzwerk Hannover e. V. als gutes Beispiel für ehrenamtliches Engagement junger Menschen in diesem Themenfeld. Die Aktivierung junger Menschen ist dem Integrationsbeirat Linden-Limmer bisher seines Erachtens insbesondere deshalb nicht gelungen, weil diese schnelle Entscheidungen und erkennbare Ergebnisse wünschen.

Eine Verpflichtung auf fünf Jahre wäre für diese Zielgruppe zusätzlich abschreckend. Für den Begriff des Stadtteilbezuges stellt **Bezirksbürgermeister Grube** infrage, ob dieser z. B. über die Postadresse der Arbeitgeber\*innen tragfähig gewährleistet sei.

Zur Zusammensetzung des Gremiums fragt er, wie der Begriff Migrationshintergrund definiert sei und ob in den vorgesehenen Anteil künftig auch Mitglieder aus dem Bezirksrat eingerechnet werden können.

**Herr Mingers** erläutert, dass der Begriff des Migrationshintergrundes sich nach der Neudeinition in der Veröffentlichung „Bevölkerung mit Migrationshintergrund in der Landeshauptstadt Hannover. Hintergrund und Neudefinition“ aus dem Jahr 2020 richtet ([https://www.hannover.de/content/download/832771/file/20200731\\_Sonderband\\_Migrationshintergrund2.pdf](https://www.hannover.de/content/download/832771/file/20200731_Sonderband_Migrationshintergrund2.pdf)), die neben Personen mit nichtdeutscher Staatsangehörigkeit auch eingebürgerte Personen und (Spät-)Aussiedler\*innen einbezieht.

**Bezirksratsfrau und Integrationsbeiratsvorsitzende Jagemann (Nord)** fragt, warum die maximale Mitgliederzahl des Gremiums an der Größe des Bezirksrats und nicht am Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund im Stadtbezirk orientiert ist. Zum Teil gibt es auch Bezüge und Interesse an der Mitarbeit im Integrationsbeirat über die Stadtbezirksgrenzen hinweg – das sollte ihrer Ansicht nach berücksichtigt werden. Sie spricht sich gegen ein Bewerbungsverfahren aus; im Integrationsbeirat Nord gibt es zurzeit zwei freie Plätze und höhere Hürden wären eine zusätzliche Erschwernis für die Besetzung.

**Frau Schepers** bestätigt, dass für die Möglichkeit zur Mitarbeit im Integrationsbeirat das Engagement und die Wirksamkeit im Stadtbezirk zählt und dass es hier auch künftig keine weitergehend vorgegebene Trennschärfe geben soll. Der Migrationsanteil in einem statistischen Bezirk sagt wenig über den dortigen Integrations- und Unterstützungsbedarf aus und ist daher keine validere Bezugsgröße zur Festlegung der Mitgliederzahl des Gremiums.

**Bezirksbürgermeister Mönkeberg (Herrenhausen-Stöcken)** sieht in den Formalien und der fehlenden abschließenden Entscheidungskompetenz Gründe für die Schwierigkeit, zur Mitarbeit im Integrationsbeirat zu motivieren. Als Ansatz zur Attraktivierung der Arbeit führt der Integrationsbeirat Herrenhausen-Stöcken auf Anregung des Stadtbezirksmanagers nun eigene Projekte durch.

**Bezirksbürgermeisterin Zaman (Buchholz-Kleefeld)** wünscht sich Werbung für die Arbeit in den Integrationsbeiräten durch die Verwaltung, die Entscheidung über die Aufnahme von Mitgliedern sollte nach ihrem Dafürhalten bei den Bezirksräten (resp. dem Interkreis) verbleiben.

Den Vorschlag, ein Motivationsschreiben von potenziellen Mitgliedern zu erbitten, unterstützt sie und verspricht sich unabhängig von Form und Umfang davon die Möglichkeit, einen Abgleich der gegenseitigen Vorstellungen und Erwartungen vorzunehmen.

Das geplante Mentoring kann nach Einschätzung von **Bezirksbürgermeisterin Zaman** eher durch bereits erfahrene Integrationsbeiratsmitglieder als durch Bezirksratsmitglieder auf geeignete Weise geleistet werden.

Zur Steigerung der Wertschätzung empfiehlt sie, den Integrationsbeirat in Anlässe des Bezirksrates einzubinden. Beispielsweise erfolgt in Buchholz-Kleefeld die Überreichung des bezirklichen Integrationspreises durch die oder den Integrationsbeiratsvorsitzende\*n. Für den weiteren Verlauf wünscht sich **Bezirksbürgermeisterin Zaman** Entscheidungsrecht für die Bezirksräte mit entsprechender Auszeichnung der geplanten Drucksache.

**Herr Mingers** teilt dazu mit, dass der heutige Termin ursprünglich als Anhörung zur Beschlussdrucksache geplant war. Es wird aber darüber hinaus noch jedem einzelnen Bezirksrat die Möglichkeit zur Stellungnahme im Rahmen des Gremienlaufs der Beschlussdrucksache gegeben.

**Frau Pfahl-Scholz (Integrationsbeiratsmitglied Buchholz-Kleefeld)** hat für die Mitarbeit im Integrationsbeirat selbst ein Bewerbungsschreiben erstellt und unterstützt die Idee eines Motivationsschreibens.

**Frau Schepers** ergänzt, dass der Begriff mit Formalismus und Prüfungsdruck in Verbindung gebracht wird. Die Grundidee des Motivationsschreibens ist hier aber (wie gerade von Bezirksbürgermeisterin Zaman beschrieben), eine Grundlage für das gegenseitige Kennenlernen zu schaffen, in dem Interessierte sich einmal die Mühe machen, in einfacher Sprache und zwei kurzen Sätzen mitzuteilen, dass und warum sie Interesse an der Mitwirkung im Integrationsbeiräte haben.

**Bezirksbürgermeister Rödel (Kirchrode-Bemerode-Wülferode)** erinnert, dass die Integrationsbeiräte anfänglich zum Teil auf Ablehnung durch die Bezirksräte gestoßen seien, sich aber inzwischen (mit sehr unterschiedlicher gelebter Praxis in den einzelnen Stadtbezirken) etabliert haben.

Eine schriftlich verfasste Bewerbung hält er nicht für erforderlich, aber die Motivation für die Mitarbeit im Gremium sollte formuliert werden.

Das Mentoring soll nach Ansicht von **Bezirksbürgermeister Rödel** nicht durch die Bezirksratspolitik erfolgen. Bei der Definition des Bezuges zum Stadtbezirk soll Engagement honoriert werden, „Mandats-Tourismus“ sollte aber vermieden werden.

**Bezirksbürgermeister Rödel** begrüßt es ausdrücklich, dass der Vorsitz künftig auch aus dem Gremium heraus besetzt werden kann.

**Bezirksratsherr Schmitz (Misburg-Anderten)** wünscht, dass eine Definition des Begriffs „Multiplikator\*in“ aufgenommen wird. Die Erläuterung von **Herrn Mingers**, dass der Begriff bereits im LIP verwendet wurde und dort als „in besonderer Weise im Stadtbezirk vernetzt“ und „die Reichweite von Bezirksrats- und Integrationsbeiratsmitgliedern multiplizierend“ definiert wurde, kritisiert **Bezirksratsherr Schmitz** als unzureichend. **Bürgermeister Hermann** warnt vor zu engen Definitionen, die die eigene Handlungsfähigkeit einschränken könnten.

**Bezirksratsfrau und Integrationsbeiratsmitglied Kaczmarek (Linden-Limmer)** nennt acht Initiativen, in denen junge Menschen sehr aktiv sind. Die Akquise von jungen Menschen ist ihres Erachtens nur eine Frage des „auf sie Zugehens“.

**Herr Janssen (Integrationsbeiratsmitglied Bothfeld-Vahrenheide)** empfiehlt als ehemaliger Schulleiter einer IGS, an dieser Schulform für die Mitarbeit im Integrationsbeirat zu werben, weil nach seiner Erfahrung hier für viele Kinder mit Migrationshintergrund ein guter Bildungsweg eröffnet wird und Gymnasien zu hochschwellig sind.

**Frau Mirabadi (Integrationsbeiratsmitglied Linden-Limmer)** ist der Ansicht, dass der LIP nicht in der Stadtgesellschaft angekommen ist und dass das aber auch nicht von den einzelnen Integrationsbeiräten geleistet werden kann.

Eine Begrenzung der Mitgliedschaft auf fünf Jahre hält sie grundsätzlich für sinnvoll – auch als Impuls für Neubesetzungen. Insbesondere die Multiplikator\*innen können Brückenpersonen sein, um neue Mitglieder zu finden.

Aus den Motivationsschreiben erhofft **Frau Mirabadi** auch, neue Inhalte zu generieren, um stärker inhaltliche Orientierungspunkte zu finden und über die Beratung von Projektanträgen hinaus aktiv zu werden.

**Bezirksratsfrau Grobleben (Linden-Limmer)** wünscht sich eine Öffnung der Integrationsbeiräte. Der Integrationsbeirat Linden-Limmer ist eingebunden worden, als der Bezirksrat über die Schöff\*innenbewerber\*innenliste verunsichert war. Als weiteres Beispiel für Beratungspotenzial durch den Integrationsbeirat gibt sie die Benennung eines Platzes an. Aus ihrer Sicht könnten durch den Integrationsbeirat demokratische Werte verankert und das dortige Wissen um antidemokratische Kräfte nutzbar gemacht werden. **Bürgermeister Herrmann** weist darauf hin, dass der Integrationsbeirat beraten kann, seine obligatorische Einbindung aber rechtlich nicht möglich ist.

**Bezirksratsfrau Grammel (Ahlem-Badenstedt-Davenstedt)** berichtet, dass ihr Versuch, den eigenen Platz an ein Mitglied mit Migrationshintergrund abzugeben, gescheitert ist, weil die Angesprochenen sich die Mitarbeit im Gremium nicht zugetraut haben. Statt eines Motivationsschreibens schlägt sie ein Kursangebot vor, das ermutigt und befähigt. Aufgrund der starken kulturellen Durchmischung ist Empathie ihrer Ansicht nach ein wichtigeres Kriterium als ein nachgewiesener Migrationshintergrund im Sinne der Statistik.

**Herr Mingers** gibt zu bedenken, dass Interesse am gesellschaftlichen Miteinander und Empathie bereits durch Multiplikator\*innen und Bezirksratsmitglieder repräsentiert wird. Eigener Migrationshintergrund als Kriterium gewährleistet die Interessenvertretung einer weiteren wichtigen Perspektive auf das Zusammenleben der Kulturen.

**Bezirksbürgermeister Meese (Südstadt-Bult)** würde es bedauern, durch die Befristung auf fünf Jahre und maximal eine Verlängerung Engagierte zu verlieren. Ein demokratisches Element statt stillschweigender Verlängerung der Mitgliedschaft findet er aber grundsätzlich sehr wünschenswert. Ein Motivationsschreiben erachtet Bezirksbürgermeister Meese grundsätzlich als sinnvoll – mit der Maßgabe, dass es auch in sehr kurzer und einfacher Form erfolgen kann. Er empfiehlt, Interessent\*innen durch Einladung ins Gremium zur Mitarbeit zu ermutigen.

**Stellvertretende Bezirksbürgermeisterin Kramarek (Kirchrode-Bemerode-Wülferode)** fragt, wie sich die Verwaltung die Geschäftsordnung vorstellt.

**Herr Mingers** erklärt, dass zurzeit ein Entwurf erarbeitet wird, der dann als Vorlage zur Verfügung gestellt wird, die aber lokal angepasst werden kann. Mögliche Festlegungen, die darüber getroffen werden können, sind zum Beispiel das Rederecht im Gremium und Einladungsfristen.

**Bürgermeister Hermann** fasst zusammen, dass deutlich geworden ist, dass für die Zusammensetzung der Integrationsbeiräte mit dem formulierten Stadtteilbezug kein Wohnsitzprinzip gilt, sondern das Engagement vor Ort zählt.

Auch dem Begriff der Migrationserfahrung ist eine eindeutige Definition hinterlegt.

Für die Idee eines Motivationsschreibens aus den Expert\*innengruppen hat sich in den Wortbeiträgen gezeigt, dass die persönliche Ansprache ein wichtiger Zugang bei der Gewinnung neuer Mitglieder bleibt.

Das Mentoring ist als Unterstützungsangebot gedacht, für das es in dieser Runde eine Offenheit gibt. Seine Ausprägung kann in den Stadtbezirken individuell erfolgen.

Grundsätzlich sollen die einzelnen Regelungen nicht zu eng gefasst werden, um sich die Handlungsfähigkeit zu erhalten.

**Frau Dr. Doering** ergänzt, dass keine Begrenzung der möglichen Wiederwahlen erfolgen soll.

#### **TOP 6: Öffentlichkeitsarbeit professionalisieren**

**Themen: Termine der Integrationsbeiräte im Sitzungsmanagement; Öffentlichkeitsarbeit und Internet; Social Media Präsenz; Flyer**

**Frau Dr. Doering** referiert die Vorschläge zur Öffentlichkeitsarbeit anhand der Präsentation.

**Bezirksbürgermeister Markurth (Ricklingen)** fragt, wie die ausgeweitete Unterstützung in der Öffentlichkeitsarbeit durch die Verwaltung erfolgen soll, wenn parallel die hauptamtliche Unterstützung der Bezirksratsarbeit reduziert werden soll. Er regt eine Informationsveranstaltung über die Arbeit vor einer Wahlperiode an. Eine große Herausforderung ist es seines Erachtens, bisher nichtorganisierte junge Menschen erreichen. Bezugnehmend auf den Wortbeitrag von **Bezirksratsfrau Grammel** weist er darauf hin, dass der Bezirksrat Ricklingen zugunsten von mehr Mitgliedern mit Migrationshintergrund auf Sitze der Bezirksratsmitglieder verzichtet hat.

**Bezirksbürgermeister Grube (Linden-Limmer)** weist auch noch einmal darauf hin, dass das Stadtbezirksmanagement zur Disposition steht – und damit auch Teile der Umsetzung der Inhalte, die hier diskutiert werden. Bisher klaffen nach seiner Erfahrung Zielsetzungen und Umsetzung in den Integrationsbeiräten auseinander, weil die Mitglieder zusätzliche Termine und Aufgaben nicht wahrnehmen können. Das gilt auch für die Verteilung von Falzblättern, daher hält er digitale Informationen für sinnvoller und begrüßt den Ansatz, künftig über verschiedene Social-Media-Kanäle informieren zu wollen. Die Website des Integrationsbeirats Linden-Limmer kann allerdings mangels personeller Ressourcen bei der Stadt zurzeit nicht aktualisiert werden. Daher stellt sich ihm auch bezüglich Social Media die Frage, wer diese Kanäle künftig füllt.

Weil einige Integrationsbeiratsmitglieder sich aus Angst vor Anfeindungen nicht mehr öffentlich zeigen möchten, schlägt **Bezirksbürgermeister Grube** vor, ihnen städtische Mailadressen zur Verfügung zu stellen.

**Frau Schepers** antwortet auf die Frage, wie sichergestellt werden kann, dass die Verwaltung die vorgesehenen Unterstützungsleistungen erbringen kann, dass dies letztlich eine politische Entscheidung ist. Die Unterstützungsmöglichkeiten der Verwaltung stünden in direktem Zusammenhang mit der Beschlussfassung des Rates.

**Bezirksbürgermeister Rödel (Kirchrode-Bemerode-Wülferode)** vertritt die Ansicht, dass bei der Diskussion um Kürzungen im Stadtbezirksmanagement in den Textvorlagen jetzt stattdessen „die Verwaltung“ als zuständige Stelle genannt werden muss.

**Bezirksratsfrau und Integrationsbeiratsmitglied Oettinger-Bankowsky (Ricklingen)** unterstreicht noch einmal die Bedeutung der Unterstützung durch die Verwaltung. Die Diskussion um kulturelle Aneignung im Zusammenhang mit einem Projektantrag an den Integrationsbeirat Ricklingen und die daraus resultierenden Vorwürfe haben den Integrationsbeirat allein überfordert. Die Seminar-Angebote sind aus ihrer Sicht ein guter Ansatz, sie dürfen aber nicht verpflichtend werden.

**Bezirksratsfrau und Integrationsbeiratsmitglied Kaczmarek (Linden-Limmer)** fragt nach dem bisherigen Internetauftritt und Informationsmöglichkeiten über die Integrationsbeiräte.

**Herr Mingers** nennt die Internetadressen [www.hannover.de/integrationsbeirat1](http://www.hannover.de/integrationsbeirat1) bis [www.hannover.de/integrationsbeirat13](http://www.hannover.de/integrationsbeirat13) als direkte Zugänge (Zahlen am Ende sind die Bezirksnummern, die Seiten sind aber auch über Suchmaschinen unter Angabe des Begriffs „Integrationsbeirat“ und dem Namen des Stadtbezirks auffindbar).

**Bezirksbürgermeisterin Zaman (Buchholz-Kleefeld)** merkt an, dass Verbesserungen gegenüber der bisherigen Praxis (Social Media durch die Pressestelle bestückt und Faltblätter durch das Stadtbezirksmanagement erstellt) notwendig sind.

## **TOP 7: Stärkere Vernetzung, Wahrnehmung und Wertschätzung innerhalb der Politik und Zivilgesellschaft**

### **Themen: Vernetzungstreffen; Jahresbericht; Zertifikat**

**Frau Starke (Integrationsbeirat Buchholz-Kleefeld)** schlägt vor, statt eines Berichts als Informationsdrucksache im Internationalen Ausschuss (zu dem es keinen Kontakt gibt), einen Bericht im jeweiligen Bezirksrat vorzusehen. Ihrer Erfahrung nach sind viele Integrationsbeiratsmitglieder unsicher und es fällt ihnen schwer, sich zu Wort zu melden. Die Bezirksräte als Adressaten wären ein vertrautes Gremium und die Stärkung dieser Verbindung aus ihrer Sicht sinnvoller und wichtiger.

**Herr Mingers** erläutert, dass der Jahresbericht als Zusammenfassung der Zielsetzungen und Themen im Umfang von einer Seite gedacht ist. **Bürgermeister Hermann** ergänzt, dass der Bericht nur eine schriftliche Dokumentation als Kollektivergebnis sein soll und keine Überforderung durch die Erwartung eines persönlichen Vortrages stattfinden wird.

**Bezirksbürgermeister Tegeder (Misburg-Anderten)** bittet, bei allen Diskussionen im Blick zu behalten, dass die Mitglieder nur ehrenamtlich arbeiten. Eine jährliche Zielentwicklung wirkt seiner Ansicht nach dafür sehr formalisiert.

**Bezirksratsfrau Grobleben (Linden-Limmer)** bittet darum, bei der Öffentlichkeitsarbeit mitzudenken, wie die Gremienmitglieder vor Beleidigung und Bedrohung und rassistischen Anfeindungen geschützt werden können. Sie führt aus, dass diese Frage auch ein Hinderungsgrund für ein Engagement im Integrationsbeirat sein kann.

**Frau Dr. Doering** teilt hierzu mit, dass die Integrationsbeiratsmitglieder in die Veröffentlichung ihrer Namen und Kontaktdaten nicht einwilligen müssen. Grundsätzlich sind Übergriffe immer strafrechtlich relevant und werden von der Polizei verfolgt. Diskriminierung darüber hinaus immer auch an die Antidiskriminierungsstelle gemeldet werden.

**Bezirksbürgermeister Dr. Waraich (Bothfeld-Vahrenheide)** regt an, dass im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit auch den Vereinen im Stadtbezirk bekannt gemacht werden müsste, dass sie an den Sitzungen teilnehmen kann. Die Einsparung der Veröffentlichung von Tagesordnungen der Bezirksratssitzungen in den Stadtanzeigern steht seiner Ansicht nach im Widerspruch zu der angekündigten Ausweitung der Öffentlichkeitsarbeit für die Integrationsbeiräte.

**Bürgermeister Hermann** fasst zur Diskussion unter den Tagesordnungspunkten 6 und 7 zusammen, dass die Verbesserung der Sichtbarkeit der Integrationsbeiräte noch einmal zu diskutieren ist und eine wichtige Voraussetzung für das Interesse an der Mitarbeit im Gremium darstellt.

**Frau Dr. Doering** gibt ergänzend noch einmal den Hinweis, dass die Vorschläge nicht von der Verwaltung stammen, sondern aus den Expert\*innen-Arbeitsgruppen. Die Verwaltung transportiert diese Vorschläge nur und bemüht sich um Umsetzbarkeit.

PAUSE

#### **TOP 8: Sitzungsgeld, Thema: Aufwandsentschädigung**

**Herr Mingers** erläutert, dass Sitzungsgeld nur aufgrund der Entschädigungssatzung gezahlt werden kann. Die Entschädigungssatzung der Landeshauptstadt Hannover wird gerade überarbeitet. Künftig könnten danach allen Integrationsbeiratsmitglieder, die nicht gleichzeitig Bezirksratsmitglieder oder hauptamtlich Beschäftigte oder Verbeamtete der Landeshauptstadt Hannover sind, 21 Euro je Sitzung und 3,30 Euro Fahrtkosten für vier Sitzungen pro Jahr gewährt werden.

**Bezirksbürgermeisterin Zaman (Buchholz-Kleefeld)** regt an, die Fahrtkostenerstattung an den Preis einer Tageskarte im ÖPNV anzupassen.

**Frau Walkling-Stehmann (Integrationsbeirat Vahrenwald-List)** bittet, die Anzahl der entschädigungsfähigen Sitzungen auf sechs zu erhöhen, weil manche Integrationsbeiräte auch fünf Sitzungen abhalten und die Delegierten weitere Fahrten machen müssen.

**Bezirksbürgermeister Grube (Linden-Limmer)** schlägt vor, keine Begrenzung der entschädigungsfähigen Sitzungen vorzunehmen. **Bezirksbürgermeister Markurth (Ricklingen)** unterstützt diesen Vorschlag mit dem Hinweis, dass es in anderen Beiräten des Rates solche Begrenzungen auch nicht gibt. **Bürgermeister Hermann** stimmt dem Anliegen zu, die Begrenzung der Anzahl entschädigungsfähiger Sitzungen wird aus dem Entwurf gestrichen.

**Bezirksratsfrau und Integrationsbeiratsvorsitzende Jagemann (Nord)** weist darauf hin, dass der Vorsitz mit erheblichem zusätzlichem Aufwand verbunden ist und fragt, ob dementsprechend für die Vorsitzenden auch ein höheres Sitzungsgeld geplant ist. **Herr Mingers** antwortet, dass dies im Entwurf der Verwaltung nicht vorgesehen ist. **Bezirksbürgermeisterin Zaman (Buchholz-Kleefeld)** unterstützt den Vorschlag von Frau Jagemann. Auf Nachfrage von **Frau Dr. Doering**, ob es eine Empfehlung zur Summe gibt, schlägt **Bezirksbürgermeister Dr. Waraich (Bothfeld-Vahrenheide)** das doppelte Sitzungsgeld eines einfachen Mitgliedes vor. Der Vorschlag findet schweigende Zustimmung und auf Nachfrage keinen Widerspruch. Er wird dementsprechend so aufgenommen.

## **TOP 10: Neuorganisation der Mittel, Thema: Mittelverteilung**

**Herr Mingers** erläutert den neuen Verteilungsschlüssel für das Budget der Integrationsbeiräte: 50.000 Euro werden wie bisher mit Bezugnahme auf die Einwohner\*innenzahl auf die Stadtbezirke verteilt und 100.000 Euro nach Anteil der Einwohner\*innen mit Migrationshintergrund. Diese Veränderung ist durch einen Haushaltsbegleitantrag bereits in die Ratspolitik eingespeist.

**Frau Balli (Integrationsbeirat Herrenhausen-Stöcken)** hält die Einwohner\*innenzahl für sinnvoller, weil Integrationsarbeit bidirektional stattfinden muss und sich nicht nur auf Menschen mit Migrationshintergrund bezieht. **Bezirksratsherr Yilmaz (Bothfeld-Vahrenheide)** spricht sich dafür aus, die Verteilung an der Einkommenssituation der Menschen zu orientieren statt an dem Anteil derjenigen mit Migrationshintergrund. **Bezirksratsfrau und Integrationsbeiratsmitglied Grammel (Ahlem-Badenstedt-Davenstedt)** spricht sich ähnlich wie **Bezirksratsherr Yilmaz** für die Armuts- bzw. Transferleistungsquote als Orientierungsgröße aus.

**Bezirksbürgermeister Rödel (Kirchrode-Bemerode-Wülferode)** weist darauf hin, dass der Stadtbezirk Kirchrode-Bemerode-Wülferode demnächst eine neue große Unterkunft bekommt. Er fragt, inwieweit solche kurzfristigen Schwankungen bei dem neuen Verteilungsschlüssel berücksichtigt werden.

**Bezirksbürgermeister Markurth (Ricklingen)** konstatiert, dass es unterschiedliche Argumente für bestimmte Bezugsgrößen gibt und eine gerechte Lösung schwierig zu finden ist. Er weist darauf hin, dass die Projektarbeit an den Unterkünften bisher von Integrationsbeiräten und Bezirksräten finanziert worden ist und in Wellen das Budget der Gremien zu großen Anteilen beansprucht. Er fragt, wie die Finanzierung dieses Bedarfs dauerhaft gewährleistet werden kann.

**Bezirksbürgermeister Meese (Südstadt-Bult)** wirft die grundsätzliche Frage nach der Höhe des Budgets auf, das seit 2008 unverändert ist. Es gibt weitere denkbare Kriterien (wie z. B. die Anzahl der Unterkünfte, der Migrant\*innenvereine, ...), aber er kann die neue Quotierung gut nachvollziehen und auch als damit schlechter gestellter Stadtbezirk mittragen.

**Bezirksbürgermeister Grube (Linden-Limmer)** weist auf die Abstimmung zwischen Integrationsbeirat und Bezirksrat zur Gewährung von Fördermitteln in Linden-Limmer hin, die bisher ermöglicht hat, die verfügbaren Mittel stets vollständig zu vergeben.

**Herr Mingers** weist darauf hin, dass der obengenannte Haushaltsbegleitantrag auch eine gegenseitige Unterstützungsmöglichkeit der Integrationsbeiräte bei im Einzelfall bereits ausgeschöpftem Budget vorsieht.

**Bezirksbürgermeister Markurth (Ricklingen)** ist der Ansicht, dass Flüchtlingsunterkünfte bisher nicht als Förderziel der Integrationsbeiräte vorgesehen waren, da es sich um Menschen handelt, wie nicht im Stadtbezirk bleiben werden; es ging seiner Meinung nach um Integration der Einwohner\*innen.

**Stellvertretende Bezirksbürgermeisterin Liu-Rüsch (Nord)** weist darauf hin, dass zwischen der Empfehlung des Integrationsbeirats vor Ort, wie das Geld verwandt wird, und zwischen der Verteilung des Budgets Unterschieden werden muss. Sie spricht sich dafür aus, dass nur gewichtige Faktoren eine Umverteilung bewirken sollten.

**Bezirksbürgermeisterin Zaman (Buchholz-Kleefeld)** ist der Ansicht, dass in der Integrationsarbeit nicht nach dem Aufenthaltsstatus unterschieden werden, sondern grundsätzlich Integration gefördert werden sollte. Das Solidarprinzip zwischen den Integrationsbeiräten ist nach ihrem Dafürhalten ein wichtiger Ansatz, um den Kontakt untereinander zu intensivieren.

**Bezirksratsfrau und Integrationsbeiratsmitglied Kaczmarek (Linden-Limmer)** stimmt Frau Zaman zu und verweist auf die verschiedenen Fonds und Fördertöpfe, zu denen Integrationsbeiräte auch beraten könnten – auch um stärker auf die Zielsetzungen der bereitgestellten Mittel fokussieren zu können.

**Bezirksratsherr Schmitz (Bezirksrat Misburg-Anderten)** unterstützt die Forderung nach einer generellen Erhöhung des Budgets und schließt sich Frau Zamans Positionierung gegen eine Differenzierung nach Aufenthaltsstatus an.

**Bezirksbürgermeister Dr. Waraich (Bothfeld-Vahrenheide)** erläutert die Vorgehensweise in seinem Stadtbezirk und ermuntert, Projekte zur Förderung der Integration bei Bedarf auch im Bezirksrat aufzugreifen. Dieser kann aus eigenen Mitteln auch investive Kosten aus dem Finanzhaushalt fördern, währenddessen die Mittel der Integrationsbeiräte nur für konsumtive Kosten des Ergebnishaushaltes übernehmen kann.

**Bezirksratsfrau Grammel (Ahlem-Badenstedt-Davenstedt)** argumentiert, dass zahlreiche Geflüchtete nur wegen der Wohnungsnot noch in den Unterkünften wohnen und gerade dort die Unterstützung daher besonders wichtig ist, während diejenigen, die mit anderem Aufenthaltsstatus einreisen oder bereits zu Beginn eine andere Unterbringung finden, weniger Unterstützung benötigen.

**Bezirksbürgermeister Markurth (Ricklingen)** erwidert, dass es ihm nur generell um eine angemessene Mittelbereitstellung geht. Wenn die Verwaltung die Unterstützung der Unterkünfte/ Arbeit mit Geflüchteten im Wirkungsbereich der Integrationsbeiräte sieht, muss sie seiner Ansicht nach dafür auch Geld zur Verfügung stellen.

**Bezirksratsfrau und Integrationsbeiratsmitglied Marchewitz (Nord)** erklärt, dass die stark angestiegene Zahl der Geflüchteten bisher noch nicht angesprochen wurde – und auch daher eine Aufstockung dringend angebracht wäre.

**Bürgermeister Hermann** weist abschließend darauf hin, dass die Haushaltsverhandlungen für den Doppelhaushalt 2023/2024 abgeschlossen sind. Eine Erhöhung wäre erst zum nächsten Haushalt möglich.

#### **TOP 9: Bezeichnung, Thema: ein neuer Name mittels Vorschlagsverfahren und Online-abstimmung**

**Frau Dr. Doering** erläutert, warum Überlegungen zur Veränderung des Namens entstanden sind. Unter anderem stört man sich daran, dass man „integriert werden“ soll. Der neue Name „WIR 2.0“ für den bisherigen LIP ist schnell und gut angenommen worden. Wenn sich auf eine Neubenennung verständigt wird, soll das über eine Einreichung von Vorschlägen erfolgen.

**Bezirksbürgermeister Rödel** möchte den Fokus eher auf die Inhalte und die Qualität der Arbeit legen. Seiner Erfahrung nach spielt die Bezeichnung für die Betroffenen häufig keine Rolle. „WIR-Beirat“ wäre seiner Ansicht nach eher schwierig zu verstehen. Das auch die bisher gute Arbeit der Integrationsbeiräte ständigem Überprüfungs- und Verbesserungsbedarf unterliegen, steht seiner Meinung nach außer Frage. Wenn die Integrationsbeiräte mehrheitlich mit der Beibehaltung des bisherigen Namens einverstanden sind, sollte das nicht infrage gestellt werden.

**Frau Mirabadi (Integrationsbeiratsmitglied Linden-Limmer)** spricht sich für einen neuen Namen aus und schlägt „WIR-Beirat“ oder „Stadtteilbeirat“ vor.

**Bezirksratsherr Schmitz (Misburg-Anderten)** empfindet den Begriff „Integration“ als angestaubt und schlägt stattdessen „Beirat für gesellschaftliche Teilhabe“ vor.

**Bezirksbürgermeisterin Zamann (Buchholz-Kleefeld)** spricht sich ebenfalls für einen neuen, kreativen Vorschlag aus, weil ihrer Erfahrung nach oft auch der „Integrationsbedarf“ gar nicht gesehen wird.

**Bezirksbürgermeister Baumert (Vahrenwald-List)** findet, dass schon wegen der etablierten Abkürzung „I-Beirat“ dringend ein anderer Name gefunden werden sollte.

**Stellvertretende Bezirksbürgermeisterin Liu-Rüsch (Nord)** empfindet sowohl „Integration“ als auch „Beirat“ als „unattraktiv“ und nennt als Alternative „Ausschuss für kulturelle Vielfalt“.

**Herr Balde (Integrationsbeirat Herrenhausen-Stöcken)** wünscht sich zum Verfahren einen Aufruf zu Vorschlägen an die Integrationsbeiräte mit Fristsetzung.

**Bürgermeister Hermann** erklärt, dass das so festgehalten wird.

## **TOP 11: Abschluss**

**Bürgermeister Hermann** erläutert das weitere Verfahren:

Der heutige Kongress war ein informeller Zwischenschritt, an den sich die Erstellung einer Beschlussdrucksache anschließt. Diese geht voraussichtlich nach den Sommerferien mit allen Anhängen (Protokoll des Kongresses, Muster einer Geschäftsordnung) in die Gremien.

18.6, 10.05.2023

**Anwesenheitsliste Kongress WIR 2.0 – 06.05.2023**

	Name	Stadtbezirk	Bezirksrat/I-Beirat
1	Patricia Tuschling-Moch	01 Mitte	I-Beirat
2	Irma Walkling-Stehmann	02 Vahrenwald-List	I-Beirat
3	Milan Pejic	02 Vahrenwald-List	I-Beirat
4	Thorsten Baumert	02 Vahrenwald-List	Bezirksbürgermeister
5	Turan Arslan	02 Vahrenwald-List	Bezirksrat
6	Dr. Wjahat Waraich	03 Bothfeld-Vahrenheide	Bezirksbürgermeister
7	Beate Herkendell	03 Bothfeld-Vahrenheide	Stv. Bez.bürgermeisterin.
8	Heval Yilmaz	03 Bothfeld-Vahrenheide	Bezirksrat
9	Wilm Janssen	03 Bothfeld-Vahrenheide	I-Beirat
10	Belgin Zaman	04 Buchholz-Kleefeld	Bezirksbürgermeisterin
11	Ulrich Janke	04 Buchholz-Kleefeld	Bezirksrat
12	Petra Pfahl-Scholz	04 Buchholz-Kleefeld	I-Beirat
13	Johanna Starke	04 Buchholz-Kleefeld	I-Beirat
14	Klaus Tegeder	05 Misburg-Anderten	Bezirksbürgermeister
15	Robert Schmitz	05 Misburg-Anderten	Bezirksrat
16	Sinan Yayici	05 Misburg-Anderten	I-Beirat
17	Paul Omoruyi	05 Misburg-Anderten	I-Beirat
18	Bernd Rödel	06 Kirchrode-Bemerode-Wülferode	Bezirksbürgermeister
19	Regine Kramarek	06 Kirchrode-Bemerode-Wülferode	Stv. Bez.bü. + I-Beirat
20	Iwona Kosinski	06 Kirchrode-Bemerode-Wülferode	I-Beirat
21	Ekkehard Meese	07 Südstadt-Bult	Bezirksbürgermeister
22	Lukas Taplick	07 Südstadt-Bult	Bezirksrat + I-Beirat
23	Vildan Rovcanin	07 Südstadt-Bult	I-Beirat

**Anwesenheitsliste Kongress WIR 2.0 – 06.05.2023**

24	Heloisa Fernandes Vieira-Stein	08 Döhren-Wülfel	I-Beirat
25	Claudia Meier	08 Döhren-Wülfel	Bezirksrat + I-Beirat
26	Anja Schollmeyer	08 Döhren-Wülfel	Bezirksrat
27	Andreas Markurth	09 Ricklingen	Bezirksbürgermeister
28	Reinhard Deppe	09 Ricklingen	Bezirksrat
29	Rokhsana Wilhelms	09 Ricklingen	Bezirksrat
30	Tanja Oettinger-Bankowsky	09 Ricklingen	Bezirksrat + I-Beirat
31	Rainer Grube	10 Linden-Limmer	Bezirksbürgermeister
32	Jasmin Grobleben	10 Linden-Limmer	Bezirksrat
33	Iyabo Kaczmarek	10 Linden-Limmer	Bezirksrat + I-Beirat
34	Metin Catanak	10 Linden-Limmer	I-Beirat
35	Ferdos Mirabadi	10 Linden-Limmer	I-Beirat
36	Rolf Schulz	11 Ahlem-Badenstedt-Davenstedt	Bez.bürgerm. + I-Beirat
37	Julia Grammel	11 Ahlem-Badenstedt-Davenstedt	Bezirksrat + I-Beirat
38	Seher Aksakalli	11 Ahlem-Badenstedt-Davenstedt	I-Beirat
39	Berin Balli	12 Herrenhausen-Stöcken	I-Beirat
40	Lukas Mönkeberg	12 Herrenhausen-Stöcken	Bezirksbürgermeister
41	Frank Schumann	12 Herrenhausen-Stöcken	Bezirksrat
42	Mahmood Firdaws Balde	12 Herrenhausen-Stöcken	I-Beirat
43	Fuluk Liu-Rüsch	13 Nord	Stv. Bez.bürgermeisterin
44	Angelika Jagemann	13 Nord	Bezirksrat + I-Beirat
45	Yvonne Marchewitz	13 Nord	Bezirksrat + I-Beirat
46	Anja Alsweh-Kurz	13 Nord	I-Beirat
47	Selma Karateke	13 Nord	I-Beirat

**Anwesenheitsliste Kongress WIR 2.0 – 06.05.2023**

48	Belit Onay	LHH	OB
49	Thomas Hermann	LHH	Bürgermeister und Rat
50	Alexander Koop	LHH	FBL 56
51	Dr. Bettina Doering	LHH	BL 56.1
52	Nima Moraghebi	LHH	56.1
53	Antonia Sennholz	LHH	Bachelorstudentin 18.6
54	Stephan Kaczmarek	LHH	18.62.13 SBM
55	Darius Pilarski	LHH	18.62.12 SBM
56	Stephan Mingers	LHH	SGL 18.63
57	Astrid Schepers	LHH	Stv. BL 18.6/SGL 18.62